



Einreicher:

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Zweckentfremdungsverbot

Erstellungsdatum 21.01.2019

Eingang 922:

Datum der Sitzung: 30.01.2019

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Die Landesregierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf für Zweckentfremdungsverbote vorgelegt. Damit soll den Kommunen ermöglicht werden, entsprechende Satzungen zu beschließen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Bereitet sich die Verwaltung auf die zügige Verabschiedung einer Satzung für Wohnungszweckentfremdungsverbote vor?

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Unterschrift